

ausgesetzt. Solche Erwartungen ebenso ins Leere laufen zu lassen wie die Amtsinhaber das tun, würde nicht nur wegen möglicher Koalitionsrücksichten (Bündnis90/Die Grünen) schwer fallen, sondern auch wegen längerfristiger Absicherung sozialdemokratischer Kanzlerschaft. Mit der PDS steht ein Wahlkonkurrent bereit, enttäuschten Modernisierungsverlierern als Alternative zu erscheinen, ließe auch Rot-Grün ihre Interessen außen vor.

Auch die sich an ihre eine Million arbeitsloser Mitglieder erinnernden Gewerkschaften und die zumindest teilweise ihrem eigenen Sozialwort verpflichteten Kirchen könnten im Verbund mit sozialdemokratischen Sozialpolitikern um Rudolf Dressler in diese Richtung wirken. Und wie wird die konservative Presse dann mit dem Thema umgehen?

Kommt es zum Regierungswechsel, wird sich die A-Klasse nicht länger nur medialer Erfolge erfreuen können, sondern auch zählbarer Ergebnisse bei der materiellen Absicherung wie bei einer erneuerten aktiven Arbeitsmarktpolitik. Da nichts erfolgreicher ist als der Erfolg, ist von einer Verbreiterung der Erwerbslosenbewegung auszugehen. Die Gewerkschaften und die Parteien der Linken sollten sich darauf einstellen.

Uwe Kantelhardt
und Friedhelm Wolski-Prenger

Hochschulmisere: Wer von Macht nicht spricht...

Sieht man sich die Debatte um die Krise der Universitäten – erstaunlicherweise oder bezeichnenderweise weit weniger um die Probleme der Fachhochschulen – an, so bleibt resümierend festzuhalten:

Die Krisensymptomatik samt Ursachenunterstellung wird festgemacht an dem Verhalten und Sosein der Studierenden (leistungsunwillig und/oder -unfähig, bummelig, anspruchlich), an dem Umfang und der Entwicklungsrichtung der staatlichen Finanzierung der Universitäten (unterfinanziert, mit weiter abnehmender Perspektive), an der Ineffizienz der bisherigen Steuerungsmechanismen in den Hochschulen (mitbestimmte Gremienwirtschaft, fehlende Durchgriffsrechte der Fakultäts- und Universitätsleitung) und an der staatlichen Überregulierung (Hochschulgesetze, Haushaltsrecht, Personalrecht). In einer solchen Zuschreibungsmixtur gehen zutreffende Beobachtung und Legenden bunt durcheinander. Das soll hier an einem Punkt ein wenig genauer erörtert werden.

Ich mag die ubiquitäre und wohlfeile Klage über die Gremien(miß)wirtschaft an den Universitäten, die es angeblich den Tüchtigen (Präsidenten, Professoren) immer wieder verunmöglicht, effizient und aufgabenbezogen Universität zu gestalten, nicht mehr hören. Aus inzwischen gut 25jähriger Erfahrung in und mit der akademischen Selbstverwaltung heraus lassen sich solche Situationen und Zustände nicht leugnen. Es gibt Gremien, die, schlecht vorbereitet und inkompetent geleitet, entweder nur schwatzen und wertvolle Zeit vergeuden oder auch noch ebensolche inkompetenten Beschlüsse fassen. Diesen nicht hinnehmbaren Zustand zu konstatieren ist die eine Sache; eine andere ist es, die dafür Verantwortlichen zu finden und zu benennen.

Hier wird es in der ganzen Hochschuldebatte seit Beginn der 90er Jahre, eigentlich schon seit den Rahmenrechtsnovellen seit 1985, recht unappetitlich und verlogen. Denn faktisch sind es eben die gleichen Leute, die lauthals diese Insuffizienzen und Inkompetenzen beklagen, die in allen Gremien die absolute Mehrheit haben, die die Präsidenten und Rektoren wählen, die die Vorsitzenden in allen wesentlichen Gremien der

Universitäten stellen. Seit dem unglückseligen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts 1975 gegen ein niedersächsisches Gesetz gibt es an deutschen Universitäten keine Mitbestimmung der Studierenden, der akademischen Mitarbeiter und des technischen und Verwaltungspersonals mehr, die diesen Namen verdient. Es gibt statt dessen eine, nach 1985 noch einmal skurril überhöhte (Mehrheit in der Mehrheit), Gestaltungsdominanz, eine fast neofeudale Gestaltungsaristokratie der Professorinnen und Professoren. Wir haben es also mit der Situation zu tun, daß sich die Professoren marktschreierisch und anklagend über Abläufe beschwerten, die niemand als sie selbst zu verantworten hat.

Daß die Professoren selbst so anhaltend unehrlich „Haltet den Dieb!“ rufen, ist geradezu tragisch: Denn dieses Verhalten macht eine realistische und wahrheitsgemäße Diagnose des Status quo unmöglich.

Nun glaube ich keineswegs, daß diese Unaufrichtigkeit vorwiegend ein persönliches Merkmal wäre, obwohl auch das unzweifelhaft vorkommt. Sie beruht eher auf einer habituellen Defizienz, die sich durch die groteske regulative Überdehnung des Typus Professor durch die Hochschulgesetze systematisch festsetzen muß.

Die geltenden Gesetze in Bund und Ländern sehen für die Professoren vielfache Rollen, sozusagen ein Funktionieren als ideelle Gesamtkünstler vor, ausgesprochen oder unausgesprochen, für welche nach meiner Erfahrung bestenfalls 15-20% der Professoren auch nur annähernd geeignet sind. Diese virtuellen Gesamtkünstler sollen

- erstklassige Forscher sein, was heute heißt, daß sie mindestens 25-30% ihres Zeitbudgets für die Akquisition von Forschungsgeldern aufwenden müssen;
- gute Kaufleute in der Verwaltung und Verwendung ihrer Mittel sein;
- fähige Menschenbildner und Gruppenkommunikatoren sein, die in der Lage sind, den 5 bis 20 jüngeren und älteren Menschen in der Forschungsgruppe

gerecht zu werden, individuell und als Repräsentanten nach außen;

- sehr gute Lehrveranstaltungen anbieten, zu speziellen forschungsaktuellen Themen ebenso wie zu größeren Überblicksfragen, vor 15 ebenso wie vor 500 Studenten;

- kollegiale und einsichtsfähige Mitentscheidende in allen allgemeineren Fragen von Forschung und Lehre in der Fakultät und der gesamten Universität, also in etwa 15 bis 20 wissenschaftlichen Disziplinen abgeben;

- kompetente Entscheider für die Belange des Großbetriebs Universität sein, im Falle meiner Universität eines Betriebs mit einem Jahresumsatz von etwa 700 Mio. DM;

- Kundige für die Gestaltung von Curricula und die schwierigen Übergänge der Absolventen in den Beruf sein, weil die eigene Reputation auch von den beruflichen Startchancen der Studierenden, die man betreut hat, abhängt.

Die Fiktion vom Alleskönner

Diese Liste ließe sich noch verlängern. Auch so mag man aber vielleicht ersehen, daß die Figur eines professoralen Rastelli wenig anderes als eine juristische Fiktion ist, daß die empirisch vorfindlichen Menschen, die tatsächlich Professoren sind, im guten Falle einen Teil von Teilen dieser Anforderungen zu erfüllen in der Lage sind. Was bei der Ausbildung und den Karrierebedingungen des Professorenamtes auch gar nicht verwunderlich erscheint, weil anhaltend im wesentlichen auf einen einzigen Punkt der oben aufgeführten Liste Wert gelegt wird: den Nachweis einer Forschungsqualifikation, materialisiert in einer Monographie, der Habilitation. Schon das Aufschreiben der Berücksichtigung einer ernsthaften Lehrqualifikation bei Berufungen hat zu erheblichen Abwehrreaktionen vieler Professoren geführt. Und da Wissenschaftler durch Professoren zu Professoren werden, haben wir hier ein nahezu

abgeschlossenes System der Selbstreproduktion.

Der Fiktion vom Alleskönner im Professorenamt sind 1975 mit weitreichenden zerstörerischen Folgen für die deutschen Universitäten leider auch die Bundesverfassungsrichter aufgesessen; mit ihrem Beschluß haben sie die Fata Morgana zum Leitbild erhöht. Nun war schon 1975 für Einsichtswillige eigentlich gut zu erkennen, daß Wissenschaft und insbesondere Forschung seit dem Zweiten Weltkrieg in weiten Gebieten in das Stadium eines hoch arbeitsteiligen Prozesses gelangt sind. Das ist nicht allein in Einrichtungen des *big science* oder der Industrie so, sondern auch in den allermeisten Universitäten, allemal in den Technik-, Natur- und Medizinwissenschaften, wachsend ebenso in den Gesellschaftswissenschaften. Gut fundierte Untersuchungen des Alltags der Forschung haben uns immer wieder gelehrt, daß die wissenschaftlichen Fortschritte eben nicht primär und schon gar nicht allein dem Genius des virtuellen Gesamtkünstlers, sondern aus der Unvoreingenommenheit und Kreativität des wissenschaftlichen Nachwuchses und aus der instrumentellen Kreativität und Erfahrung der MTAs, BTAs und CTAs in Verbindung mit der Erfahrung und dem Überblicks- und Kombinationspotential der älteren Mitarbeiter entspringen.

Forschung ist heute ein soziales, instrumentelles und intellektuelles Gesamtkunstwerk. Eine Tatsache, die durch die juristische Ausgrenzung aller an dem realen Forschungsgeschehen Beteiligten bis auf den Professor zwar nicht verändert, aber institutionell so weit verdrängt wird, daß die Universitäten nach gut zwanzig Jahren unter diesem Regime eben dahin gekommen sind, wo sie heute stehen. Wohl gemerkt, mir geht es keineswegs darum, die positive Rolle und Verantwortlichkeit von Professoren zu beschädigen. Eher umgekehrt scheint mir, daß eben diese konstruktive leitende, organisierende, initierende, koordinierende Rolle sich erst

dann entfalten kann, wenn mit dieser mißglückten Kunstfigur gründlich aufgeräumt und damit Raum geschaffen wird für die Neugestaltung einer kooperativen und zukunftsaufgeschlossenen Universität. Vielleicht würde ein Senat des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 2000 das ähnlich sehen können ?

Das führt zu dem mir wichtigen Kernpunkt einer notwendigen Kritik an der heutigen Gestalt der deutschen Universität als *conditio sine qua non* einer zukunftsweisenden Rezeptur. Die monokratische Verfassung der Universitäten, die durch die gegenwärtig ventilierten Vorhaben der Verwaltungsmodernisierung (Globalisierung, Dezentralisierung, Flexibilisierung) zugleich zementiert, intensiviert und überwunden werden soll, offenbart sich eben dadurch als ein irrales, dysfunktionales und nicht legitimes Machtgebilde, das nach meiner Überzeugung zwar noch einige Zeit bei Fortdauer des parteien- und institutionenübergreifenden Ideenvakuums und baldigem Abebben des medialen Interesses an den Universitäten fortgeschleppt werden kann, das aber keine Lösung für die grundlegenden Probleme der Universitäten als wissenschaftliche Zentraleinrichtungen der Demokratie ermöglicht.

Was uns seit Beginn der 90er Jahre die wackere Hochschulrektorenkonferenz, in der es gegenwärtig nicht eine einzige Frau gibt, als Konzept, als Weg aus der Krise anzudienen versucht, ist neben mehr Geld (darin noch ganz die alte Nomenklatura-Mentalität oder, um es weniger aggressiv zu formulieren: ganz die alte Häwelmann-Mentalität) die systematische Beseitigung der geregelten Mitwirkung von Organen der akademischen Selbstverwaltung zugunsten der Prädominanz eines Generaldirektorenpatriziats, sozusagen als farcenhafte Wiederkehr dieses unseligen Beitrages zur Zerstörung der Weimarer Demokratie, wie das seinerzeit Eckart Kehr so treffend charakterisiert hat. Präsident oder Rektor, Dekane und Direktoren der Institute bilden danach das Machtdrei-

eck in den Universitäten. Globalisierung der universitären Haushalte nach innen und Budgetierung im Außenverhältnis schaffen einen Rahmen, in dem dieses Machtdreieck nahezu unbeschränkt schalten und walten kann – oder vielmehr könnte. Denn die strukturelle Falle der professoralen Monokratie, die als korporative Monokratie definiert ist, wird sich nicht von heute auf morgen in Luft auflösen.

Fatales Machtdreieck

Genau die Situation, die zu der Ineffizienz der letzten gut 20 Jahre ursächlich beigetragen hat, nämlich daß die Kaste der Gleichen, also die Professoren, dazu tendiert, gerade schwache Figuren zu Dekanen, Institutsdirektoren und Rektoren zu wählen, damit sicher ist, daß diese Repräsentanten den Kollegen nichts zuleide tun, wird mit dem neuen Machtdreieck nicht unmittelbar verändert. Verdoppelte Amtszeiten für Dekane und Institutsdirektoren, wie sie in etlichen neueren Gesetzen vorgesehen sind, stellen für aktive Forscher ein großes Problem dar, weil die auf Aktualitäten und Superpezialisierung fixierte Forschungslandschaft z.B. eine vierjährige Zeit als Dekan nicht honoriert. Zugleich aber lehnen es die deutschen Rektoren ab, externe Kompetenz in die Leitung der Universitäten zu integrieren, z.B. durch die Berufungsmöglichkeit für Fachleute in die Universitäts- oder Fakultätsleitung, die nicht der Professorengruppe angehören und/oder mit Erfahrungen und Kompetenzen aus anderen beruflichen und gesellschaftlichen Bereichen aufwarten könnten. Auch hier sieht man wieder, daß die Strukturkrise der Universitäten in Deutschland nicht etwa aus einem Zuviel an Mitwirkung und Offenheit, sondern eher aus einer claustrischen Abwehr gegenüber der inneren und äußeren realen Vergesellschaftung herrührt.

Diese Krise der deutschen Universitäten ist aber nicht allein eine der inneren

Verfassung und der organisierten Nichtbeachtung der kreativen Potentiale von fünf Sechsteln ihrer Mitglieder. Die Krise ist zugleich Teil und Ausdruck der wachsenden Spannung zwischen den Wissenschaften und der Gesellschaft. Viele der großen Probleme unserer Zeit sind durch Wissenschaften mit verursacht und beeinflusst. Beiträge aus den wissenschaftlichen Fächern zur Lösung weltumspannender ökologischer, ökonomischer, sozialer und politischer Fragen können nun nicht mit den gleichen Methoden erarbeitet werden, die früher angewendet worden sind. Was man ganz gut an der erstaunlichen Wirklichkeitsirrelevanz der universitären Wissenschaften z.B. in bezug auf den Zusammenbruch des sozialistischen Systems (Soziologie und Wissenschaft von der Politik) oder auf die nunmehr zwanzigjährige Massenarbeitslosigkeit in den Industriestaaten (Ökonomie) sehen kann. Es ist eben keineswegs so, daß wir mit der Wissenschaft immer so weiter machen könnten, um die Berge von Problemen zu lösen, die uns die Geschichte der Industriegesellschaften und der modernen Wissenschaften bisher aufgetürmt hat.

Dazu bedürfte es eines kombinierten Änderungsprozesses in den Wissenschaften selbst und in der Wissenschaftspolitik. Die deutsche Wissenschaftspolitik müßte aus ihrer Rolle als Förderin nachholender Industriemodernisierung und nutzloser Prestigevorhaben wie der bemannten Raumfahrt heraustreten und sich als Institution zur tatsächlichen Forschungsförderung bei den großen gegenwärtigen und zukünftigen Problemen unserer Gesellschaft als Teil der Weltgesellschaft verstehen. Heute ist das zuständige Bundesministerium eine Agentur kurzfristiger Regierungs- und Parteipolitik, nicht eine Agentur langfristiger kluger Entwicklungsvorsorge für die Bürgergesellschaft. In ähnlicher Weise müßten die beiden größten Forschungsförderungsorganisationen in Deutschland, die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und die Deutsche For-

schungsgemeinschaft (DFG) sich dazu verstehen können, sich als öffentlich finanzierte Institutionen auch einem öffentlichen Diskurs über die allgemeine Ausrichtung ihres Tuns und Lassens zu stellen. Dazu gehörte ganz wesentlich die Förderung und Institutionalisierung von fachübergreifenden Forschungen zu den schwerwiegenden Problemen der naturgesellschaftlichen Entwicklung, also eine gewisse Abkehr von der übermächtigen Orientierung der Forschung innerhalb der gewachsenen fachlichen Disziplinierungen und eben dadurch hervorgerufenen blinden Flecken. In allen drei Fällen, der DFG, der MPG und des BMBF, wäre unabdingbar, daß es überhaupt gelänge, die grundlegenden Entscheidungen über die Aufteilung der Forschungsetats zu einem parlamentarischen Belang zu machen. Es ist ein forschungspolitischer Skandal von weitreichenden negativen ökonomischen und sozialen Wirkungen, daß bis heute, ins Jahr 1998 hinein, alle wichtigen Weichenstellungen der Forschungspolitik hinter den verschlossenen Türen des Kanzleramtes oder diverser Staatskanzleien oder großer Industrieunternehmen ausgehandelt werden.

Nicht im geringsten soll bestritten oder in seiner Bedeutung herabgewürdigt werden, daß es in vielen Wissenschaftszweigen, an vielen Orten und in vielen Institutionen, auch Universitäten, Bemühungen anderer und neuer Art gibt. Unerläßlich für einen zukunftsweisenden Fortgang der Hochschuldebatte ist aber, daß zunächst einmal nüchtern und schonungslos der Finger auf die wunden Stellen des bisherigen Betriebs gelegt wird. Sowohl in den Ausbildungsgängen wie in den Forschungsstrukturen wie in den Personalrekrutierungsmethoden sind die deutschen Universitäten bis jetzt bestenfalls an inkrementalen Modifikationen interessiert. Dabei käme es darauf an, das zu tun, was eines der großen Privilegien ist, die Universitäten von der Gesellschaft verliehen sind, nämlich unvoreingenommen und vorausschauend, nicht aber rücksichtslos zu

denken. Und da schließt sich der Kreis. Denn die reale Verfassung der Universitäten ist eine der korporativen Vermachtung und gerade nicht eine der intellektuellen und administrativen Innovation. Wenn es den Universitäten und den Wissenschaften insgesamt nicht gelingt, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu konzipieren, in dem grundlegend festgehalten wird, welches Tun im gegenseitigen Interesse liegt und wo die Grenzen für die Zulässigkeit wissenschaftlichen Handelns liegen, so wird sich die vielfach feststellbare Kluft zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und der Gesellschaft weiter vertiefen. Was möglicherweise viel schlimmer für unsere gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten wäre als die meisten anderen Aspekte der Hochschulmisere.

Stephan Albrecht

Zum Thema Hochschulkrise zuletzt in den „Blättern“:

Gerd Grözinger, Hochschulreform im Dreierpack, Heft 4/1998, S. 457-465.

Christoph Bieber und Eike Hebecker, Uni-Streik: Im Netz ist Bewegung, Heft 2/1998, S. 157-161.

Hochschulen in Bewegung, Beiträge von Andreas Keller, Ulrike Gonzales und Georg Fülberth, Heft 1/1998, S. 46-56.

Die unmögliche Hochschulreform, Stellungnahmen von Wolfgang Nitsch, Christine Brinck und Michael Daxner, Heft 10/1997, S. 1225-1235.

Andreas Keller, Hochschuleregulierung, Heft 2/1997, S. 155-159.

Alain Renaut, Ursprünge der französischen Hochschulkrise. Von der Notwendigkeit einer Neubegründung der Universität, Heft 5/1996, S. 598-605.